

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

25.2.1875 (No. 47)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. Februar.

№ 47.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1873.

Telegramme.

† Berlin, 23. Febr. Abgeordnetenhans. Der Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Bei der fortgesetzten Etatsberatung werden sämtliche Positionen des landwirtschaftl. Etats genehmigt. — Bei der Beratung des Etats des Justizministeriums bringt lieber einen Ministerialerlass an die Oberstaatsanwälte vom Juli v. J. wegen der Verfolgung ultramontaner Presorgane zur Sprache und behauptet, unter Erwähnung der jüngsten Konfiskation der „Germania“, daß die katholische Presse Preussens mit Hintanziehung aller Gleichheit vor dem Gesetze verfolgt werde. Der Justizminister erklärt, zu dem Erlaß der fraglichen Verfügung berechtigt gewesen zu sein, für eine etwaige mißbräuchliche Anwendung des Restripts in einzelnen Fällen könne er nicht eintreten. Im weiteren Verlaufe der Debatte über den Justizetat erklärt der Justizminister noch, daß das fragliche Restript in Folge des Kullmann'schen Attentats ergangen sei, bei welchem ultramontane Blätter gefunden worden seien. Die Debatte wird darauf geschlossen und die Sitzung auf morgen vertagt.

† Berlin, 23. Febr. Das Plenum der Sachverständigen-Kommission hat die auf Grund des Zeichnungsprospettes gelieferten Obligationen als ungarische Staatsobligationen, emittirt für die Ostbahn, erklärt und die Zeichner zur Abnahme verurtheilt. — Oberpräsident v. Müller ist heute früh nach Straßburg zurückgekehrt.

† Berlin, 23. Febr. Zur Feier des Geburtsstages Washington's hatte der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hr. Bancroft Davis, gestern Abend eine große Gesellschaft in das hiesige amerikanische Gesandtschaftshotel gegeben. Anwesend waren preussische Staatsminister, einige Mitglieder des diplomatischen Corps, die vornehmsten Professoren der hiesigen Universität mit ihren Familien, sowie viele Mitglieder des preussischen Landtages und eine große Anzahl hier wohnender amerikanischer Staatsangehöriger. Bei dem in dem Hauptempfangssaale stattgehabten Souper wurden Toaste ausgebracht auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie auf den Deutschen Kaiser, welche mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurden.

† Wien, 23. Febr. Abgeordnetenhans. In Erwiderung auf die heutige Interpellation des Abgeordneten Jutz erklärte der Justizminister, daß die Regierung mit Rücksicht auf den noch schwebenden Prozeß Deneubum nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten.

† London, 23. Febr. Das Unterhaus nahm heute mit 282 gegen 185 Stimmen eine von der Regierung eingebrachte Bill an, durch welche den Offizieren der Uebertritt von einem Regiment in ein anderes erleichtert wird.

† Washington, 23. Febr. Eine Deputation von Konservativen der Legislatur von Louisiana hat den Präsidenten Grant ersucht, dem mit republikanischen Mitgliedern der Legislatur abgeschlossenen Kompromiß seine Genehmigung zu erteilen. Präsident Grant erwiderte, es sei nicht seines Amtes, sich in Parteiverhandlungen einzumischen, sondern die Gesetze zu handhaben und auszuführen. Er werde sich freuen, wenn das Einvernehmen beider Parteien wieder hergestellt werde, und gebe der Deputation anheim, ihren Wunsch der Kongresskommission vorzutragen.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Febr. Se. Königliche Hoheit der Großherzog haben heute u. A. die nachbenannten Herren des Militär- und Civilstandes empfangen: den Obersten z. D. von Horn, Bezirkskommandeur von Heidelberg, den Oberstleutnant z. D. Koch, den Oberstleutnant a. D. von Chelius, den Major von Hennings im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, den Major Richter von Steinbach im 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, den Major a. D. Freiherrn von Bodmann, den Major z. D. Platz, Bezirkskommandeur von Offenburg, den Hauptmann Herwarth von Bittenfeld im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, den Hauptmann v. Mitschaff und den Secondelieutenant Freiherrn v. Schönau in demselben Regiment, den Secondelieutenant Kromb in der Garde Trainbataillon, den lath. Pfarrer von Giffelheim, den lath. Rector der höheren Mädchenschule zu Baden, den früheren Fabrikanten v. Herzen aus Donauwörth, den Oberteilegraphisten Arnold von Straßburg, den Buchhalter Wohlgemuth von hier, den Director Ebert des Männer-Zucht-hauses in Bruchsal, den Telegraphenverwalter Anton von Darmstadt, den Jhrn. Huber v. Gleichenstein, großh. Kammerjunker aus Rothweil, den Steingut-Fabrikanten Horn von Hornberg, den Kapitän Bade, Nordpol-Fahrer von Kopenhagen. Die Audienz, welche nach 10 Uhr Vormittags begonnen hatte, dauerte bis gegen 3 Uhr Nachmittags.

* Berlin, 22. Febr. Die letzte Bundestaths-Sitzung schloß nicht ohne eine überraschende Episode. Das Gesetz über die Reklams-Krantheit ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Gegen alles Erwarten erhoben die Regierungen von Bayern und Württemberg im letzten Augenblicke Kompetenzbedenken. Aus der Rheinpfalz war die erste Anregung zu dem Gesetze gekommen an der Hand von Besorgnissen, die nur zu begründet waren und die durch die letzten sehr bedenklichen Nachrichten von den nächsten Grenzen Deutschlands neue Unterlagen gewonnen haben. Es wäre die Anregung von Bedenken vor der dritten Lesung des Gesetzes im Reichstage durchaus am Platze gewesen; heute wirkten sie um so bestreblicher, als man allseitig ein vollständiges Einverständnis der Bundesregierung gegenüber einem Uebelstand voraussetzte, dessen Umwidgereiten große Gefahren befürchten läßt. Wie wir hören, sind sofort alle Schritte getan worden, um den hervorgetretenen Bedenken zu begegnen und den Widerspruch auszugleichen. Es steht zu erwarten, daß der Erfolg nicht ausbleiben werde. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Zustimmung des Bundesraths zu dem so dringend notwendigen Gesetze schon in den aller nächsten Tagen erfolgen wird. — Der Bundesrath hat die vom Reichstage übermittelte Petition wegen Regelung der Straf-vollstreckung mit Bezug auf den Fall des Abgeordneten Wolf in der Strafanstalt zu Plögen an den Reichsanzler mit der Aufforderung zu überweisen beschlossen, daß da, wo die Strafvollstreckung bisher durch Gesetz geregelt ist, namentlich in Preußen, von den Bundesregierungen schleunigst darauf hingewirkt werde, daß der Strafvollzug, besonders der Vollzug der Gefängnisstrafen im Sinne des Strafgesetzbuchs, namentlich des Paragraphen 16, sicher gestellt werde. Außerdem ist durch Beschluß des Bundesraths ausdrücklich konstatiert worden, daß die Hausordnung der genannten Strafanstalt bei Berlin mit dem angeführten § 16 des

Strafgesetzbuchs in Widerspruch stehe. — In Bezug auf die Einrichtung von Zupfsanstalten im Sinne des Zupfgesetzes hat der Bundestath für unabweisbar erklärt, daß sofort Anordnungen zu treffen seien, um die Zahl und die Leistungsfähigkeit der schon vorhandenen Zupfsanstalten, sowie die Größe und Bevöllerung der darauf angewiesenen Distrikte festzustellen. In Folge dessen hat Preußen bereits Maßregeln eingeleitet, um die Zahl der bestehenden neun Zupfsanstalten um drei zu erhöhen.

Das Befinden des Abg. Lasker erfüllt seine Freunde mit Besorgniß; neben seinem Hausarzt r. Sigmond behandelt ihn Professor Joseph Meyer. Seine nächsten Angehörigen sind zu seiner Pflege hier eingetroffen. Der Krankheitsfall ruft in weiten Kreisen lebhafteste Theilnahme hervor. An eine Thätigkeit Laskers während der gegenwärtigen Landtags-Session ist unter keinen Umständen zu denken. Auch seine Beteiligungen an den nächsten Arbeiten der Justizkommission des Reichstages ist sehr fraglich. — Sämmtliche Abendzeitungen besprechen in besonderer Rubrik den Rücktritt Bismarck's unter Abdruck des heute angekommenen Briefes der „Köln. Zeitung“. Die Blätter hoffen mindestens Verschiebung bis zum Herbst. Gestern Nachmittag um 2 Uhr fand Ministerrath, um 4 Uhr Vortrag des Reichsanzlers beim Kaiser statt. Wie man hört, handelt es sich dabei um die neue Ordnung des Ministerialverfahrens. — Vorgestern veranstaltete Fürst Bismarck ein Diner für hervorragende Mitglieder des Herrenhauses. Heute Abend gibt der amerikanische Gesandte ein Fest zum Geburtstage Washington's. Alle hervorragenden hier lebenden Amerikaner haben Einladungen erhalten. — Heute Mittag wurde der sechste Kongreß deutscher Landwirthe hier eröffnet. Zu Vorstehenden erwählte man die H. v. Rath-Lauersdorf, v. Wedell-Wellingsdorf und Seiler (Neusalz). Man beschäftigt sich mit der Steuerfrage. Der Kongreß ist nicht zahlreich besucht. — Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch des Grafen Ujedom noch nicht angenommen; die Nachrichten über Berufung des Schloßhauptmanns v. Dachsöder zu seinem Nachfolger sind also irrig.

* Berlin, 23. Febr. Der „Reichsanz.“ enthält folgendes Dementi: „Aus dem Zentralorgan für das Real-schulwesen“ ist in mehrere Zeitungen die Mittheilung übergegangen, daß der Präsident des Bundesraths (oder der Präsident des Reichsanzlers-Amtes) durch die Bundesregierungen ermächtigt worden sei, von jetzt ab Realschulern, welche das Zeugniß der Reife besitzen, die Berechtigung zum Studium der Medizin, zur Meldung für alle medizinischen Prüfungen und zur Niederlassung in allen Staaten des Deutschen Reiches zu erteilen. Diese Angabe entbehrt jeder tatsächlichen Begründung.“

† Berlin, 23. Febr. Der Kaiser ist von seiner jüngsten Krankheit nunmehr wieder hergestellt. Auf ärztlichen Rath beobachtet Höchsterseher aber noch sorgfame Schonungsmaßregeln und hütet noch andauernd das Zimmer. Ausfahrten sollen erst dann wieder unternommen werden, wenn der jetzige rauhe Ostwind einer milderen Witterung Platz macht.

Das schon erwähnte Gerücht von einem Abschiedsgesuch des Generals der Infanterie v. Fransecky, kommandirenden Generals des 15. Armee-corps, wird hier mit wachsender Bestimmtheit verbreitet. — Heute früh hat der Ober-

Clair.

(Fortsetzung aus Nr. 46.)

Guy war bloß geworden. Er stand gleichfalls auf und machte eine abbrechende Bewegung.

„Bitte, Gräfin, lassen Sie Ihre Ringel noch einen Augenblick in Ruhe“ — sagte er, sich mit Macht bezwingend. — „Sie begreifen, daß mir nichts ferner liegt, als der Gedanke an Gewalt. Wozu also Leute rufen? Aber bedenken Sie, was Sie von sich weisen! Es ist ein riesiges Vermögen, in dessen Besitz Sie nur durch mich gelangen können.“

„Das heißt mit anderen Worten: Sie haben das Testament meiner Tante unterschlagen!“ — rief Jivania, bei welcher die Empörung allmählig die Kraft der Selbstbeherrschung überwog.

„Glauben Sie in der That, daß ich mich zu einem solchen Melodrama-Coup verstehen würde?“ — sagte Guy mit verächtlichem Lächeln.

„So ungeschickt bin ich nicht! Ich schwöre Ihnen, daß ich bis vor kurzem selbst keine Ahnung von dem Vorhandensein eines Testaments hatte. Ein reiner Zufall führte mich auf die Spur desselben.“

„Sie schwören?“ — rief Jivania mit dem Ausdruck unbeschreiblicher Verachtung. — „Und bei was, wenn ich fragen darf?“

„Bei Ihrem eigenen Interesse!“ — sagte Guy, ohne mit den Wimpern zu zucken. — „Ich denke, diese Gottheit würden wir wohl Beide anerkennen! Bitte, Gräfin, machen Sie sich die Situation vollkommen klar, ehe Sie einen unwiderruflichen Entschluß fassen. Ich habe nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß ich nach dieser Unterredung nicht mehr in das Haus des Grafen Porriquet zurückkehre. Weisen Sie meinen Vorschlag zurück, dann gehe ich nach Frankreich. Der Krieg zwischen meinem Vaterlande und Preußen ist erklärt. Ich bin französischer Edelmann und kenne meine Pflicht!“

„Sie wagen es, auf den Namen eines französischen Edelmannes Anspruch zu machen!“ — rief die Gräfin, einen Schritt zurücktretend.

— „Wahrhaftig, Monsieur Guy, ich bedaure Ihr Vaterland, wenn seine Edelleute heute so handeln wie Sie!“

Der Chevalier faltete finster die Brauen.

„Gräfin!“ — sagte er — „bitte, bedenken Sie die Tragweite Ihrer Worte! Sie können meinen Vorschlag ablehnen, aber Sie haben kein Recht, mich zu beleidigen. In Ihrem eigenen Interesse erlaube ich Sie nochmals, sich die ganze Lage wohl zu vergegenwärtigen! Ich allein bin im Stande zu sagen, wo das Testament Ihrer Tante sich befindet. Keine Macht der Erde vermag mich zu zwingen, gegen meinen Willen diesen Aufschluß zu geben. Unsere Unterredung hat keine Zeugen. Wüßten wir nur wir Beide um das Vorhandensein des Dokuments. Wohl steht es in Ihrer Macht, wenn ich dieses Haus verlasse, Aime von unserer Besprechung Mittheilung zu machen. Er wird Ihnen ohne Zweifel auch glauben. Aber so lange Sie das Testament nicht vorweisen können, bleibt Alles, was der Graf für Sie thut, ein Ausfluß seiner Gnade, und Gnaden nimmt Comtesse Jivania Berbentji wohl laun an!“

„Herr Chevalier, ich sehe, wir kennen einander!“ — sagte Jivania stolz. — „Es ist somit unnöthig, daß wir diese Unterredung noch weiter fortsetzen. Graf Aime wird allerdings nichts von Ihrer angeblichen Entbedung durch mich erfahren. Dagegen dürfte mein Bruder, dem ich sofort Mittheilung von dem Vorgefallenen zu machen gedenke, sich erlauben, Sie in Wien um weitere Details zu bitten. Wäre ich ein Mann, so würde ich ihm diese Mühe ersparen.“

„Ihr Bruder?“ — rief Guy mit dem Ausdruck ungeheuersten Entsetzens. — „Er ist in Wien?“

„Allerdings! Ihr Plan, Monsieur Guy, war sein ausgedacht, aber es ist schon zuweilen gescheit, schlagen auch die feinsten Pläne fehl. Die Schwester eine mittellose Existenz, der Bruder verschollen! Die Situation konnte gar nicht verhätlicher für Sie sein! Doch das ist jetzt anders! Wie es scheint, behuten Sie nur selten das Theater, sonst müßten Sie wissen, daß der erfolggekrönte Komponist der „Behme“,

Herr Eugen Bando, Niemand anders ist, als Graf Dedon Berbentji.“

Der Chevalier war von dieser Mittheilung im ersten Augenblicke so verblüfft, daß er ganz und gar zu antworten vergaß. Weit mehr noch als das höchst unerwartete Wiedererscheinen Eugens gab ihm der Umstand zu denken, daß Graf Aime, welcher, wie er sich deutlich erinnerte, seiner Zeit der ersten Aufführung der neuen Oper beigewohnt hatte und in dem so und so viele Male im Laufe des Abends gesungenen Komponisten ohne Zweifel sogleich seinen verschwundenen Bruder erkannt haben mußte, mit keinem Worte dieses Wiederfinden ihm gegenüber erwähnt hatte. Dieses Schweigen bewies, daß Graf Porriquet ihm nicht mehr traute. Augenscheinlich war bei jener Besprechung zwischen Aime und Jivania auch von ihm die Rede gewesen, und Aime's Verschlossenheit gegen ihn gründete sich auf irgend eine Mittheilung von Seiten Jivania's. Guy erkannte nur zu deutlich, daß sein von langer Hand angelegter Plan auch nicht mehr die geringste Chance des Gelingens hatte. Er mußte sich selbst sagen, daß er in diesem Augenblicke eine wahrhaft erbärmliche Figur spielte.

„Ich sehe Gräfin, wir können uns nicht verstehen.“ — sagte er, den Hut ergreifend und sich zum Gehen wendend. — „Sie weisen meinen gut gemeinten Vorschlag zurück! Sei es drum! Ich wünsche nur, daß Sie Ihre Entschließung niemals bereuen mögen! Leben Sie wohl!“

„Einen Augenblick, Herr Chevalier!“ — rief die Gräfin, indem sie ihm kühn den Weg vertrat. — „Wir sind noch nicht mit einander zu Ende! Ich sagte Ihnen vorher, Sie seien ein Schurke! Sie sind noch mehr und Schlimmeres! Sie sind ein Giftmischer!“

Guy wurde todtensüch.

„Gräfin!“ — sagte er — „Sie mißbrauchen den Schutz, den Ihr Geschlecht Ihnen einem Manne gegenüber gewährt!“

„Ja, ein Giftmischer!“ — fuhr Jivania fort. — „Sie haben systematisch Aime's Herz vergiftet! Sie haben ihm das Höchste geraubt, was die Menschenbrust besitzt, den Glauben an ihre Ideale! Aime ist, wie er mir selbst sagte, ein Nihilist! Hierzu haben Sie den Grund

Präsident v. Eschschöthringen, Wirkl. Geh. Rath v. Möl-
ler, Berlin wieder verlassen, um auf seinen Posten nach
Straßburg zurückzukehren. Derselbe wurde während seiner
Anwesenheit hier mehrmals von dem Reichskanzler Für-
sten v. Bismarck empfangen und hatte auch wiederholt
Besprechungen mit dem Präsidenten des Reichskanzler-Amtes,
Staatsminister Dr. Delbrück. Der Präsident Delbrück
wird sich am 27. d. M. vermählen und dann mit seiner
Gemahlin eine längere Reise nach Italien antreten. In
der Leitung der Geschäfte des Reichskanzler-Amtes vertritt
ihn für die Dauer seiner Abwesenheit der Wirkl. Geh. Ob-
Reg.-Rath Gd., Direktor der Zentralabtheilung dieses Amtes.
Die Nachrichten über das Befinden des Abg. Lasker
lauten noch immer sehr bedenklich. Das gastrisch-nervöse
Leiden desselben hat einen typhösen Charakter angenommen.
Seit mehreren Tagen liegt der Kranke fast durchweg in
einem meist bewußtlosen Halbschlummer.

* Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ reproduziert als „be-
merkenswerthe Erörterungen“ folgende Betrachtungen der
„Hamburg. Nachr.“:

Die „Germania“ veröffentlicht heute die bereits angekündigte Bulle
vom 5. Februar, worin der Papst die Mai-Gesetze für null und nicht-
ig erklärt und die Personen in den großen Bann thut, welche den
Staatsgesetzen gemäß ein Pfarramt übernehmen. Die Bulle steht auf
gleicher Stufe mit der berühmten Allokution des Papstes vom 22.
Mai 1868. Darin wurde das österreichische Staats-Grundgesetz als
ein ungesetzliches bezeichnet, die in Oesterreich erlassenen Gesetze über
Schulaufsicht etc. als abscheuliche Gesetze verworfen und verdammt, alle
diese Gesetze sammt ihren Folgerungen für durchaus nichtig und im-
merdar ungültig erklärt und ihre Urheber sowohl, wie die, welche bei
der Ausführung halfen, mit dem Banne bedroht. Im Vergleich mit
diesem Ergruß ist die Bulle vom 5. Februar etwas weniger heftig, aber
sie enthält den entscheidenden Schritt; sie erklärt kraft der unfehlbaren
Autorität, deren der Papst sich seit 1870 rühmt, unsere Landesgesetze
für ungültig. Diesen Schritt wird Preußen nicht so gebuldig hinneh-
men, wie es Oesterreich that. Dieser Brandbrief, der Millionen kat-
holischer Unterthanen im Namen Gottes zur Rebellion aufruft, wird
durch wirksame Maßregeln beantwortet werden müssen. Eine dieser
Maßregeln betrifft das jetzt noch bestehende finanzielle Verhältnis zwi-
schen dem Staat und der römischen Kirche. Man wird sich fragen
müssen, ob die etwa 4 Millionen Mark, welche als Dotationen, Zu-
schüsse etc. vom Staat dem Klerus geleistet werden, fortan noch dem
Theil der Geistlichkeit gezahlt werden können, welcher dem Papste ge-
horcht, unsere Gesetze für ungültig erklärt. Mit dem 5. Februar ist
unser Kulturkampf in eine neue Phase getreten.

An einer andern Stelle sagt das Hamburger Organ:

Der Papst hat in seiner neuen Encyclica eine wiederholte Kriegs-
erklärung gegen Preußen geschleudert. Obwohl die Lebhaftigkeit der
Sprache bekannt ist, in welche Pius IX. seinen Groll gegen die deut-
sche Politik zu kleiden pflegt, so sieht man doch, daß die hierarchische
Annahme noch immer eine Steigerung ihrer Ansprüche in Bereit-
schaft hält. Es wird unumwunden in der Encyclica erklärt, daß die
Mai-Gesetze keine Verbindlichkeit für die katholische Kirche haben, weil
sie die Vernichtung derselben bezwecken. Die Unbotmäßigkeit gegen
die Staatsgesetze wird also vom Vatikan aus den Gliedern der römisch-
katholischen Kirche zur Pflicht gemacht. Die Sprache hat wenigstens
das Verdienst der Verständlichkeit und überzeugt jeden Unbefangenen,
daß es für die weltliche Macht unmöglich ist, mit der Kurie zu pakti-
ren. Wenn sogenannte vermittelnde Stimmen aus dem katholischen
Lager immer wieder auf diesen Weg hinweisen, so werden sie durch
das päpstliche Schreiben eines Besseren belehrt.

Die „Germania“ stimmt über die Bulle etwas frühzeitig
ein Triumphlied an, indem sie schreibt:

Für diejenigen, welche in gänglicher Verkennung der Verhältnisse
die trügerische Hoffnung hegten und zu verbreiten suchten, daß Seine
Heiligkeit der Papst die preussischen Bischöfe bereits angewiesen habe
oder demnächst anweisen werde, einen Modus ausfindig zu machen,
um in Uebereinstimmung mit den Mai-Gesetzen die Leitung ihrer Diö-
zesen zu ermöglichen, wird die unter'm 5. Februar dieses Jahres er-
lassene päpstliche Bulle den unumstößlichen Beweis geliefert haben, daß
alle derartigen Ansichten und Erwartungen für immer in das Gebiet
der frommen Wünsche gehören. Die klare und präzise Stellung, die
von unsern geklammerten Episkopate, dem Klerus und der Laienwelt
— verschwindende Ausnahmen abgerechnet — von vorneherein jenen
Gesetzen gegenüber eingenommen wurde, ist durch das bedeutame

gelegt, Monsieur Guy! Räugnen Sie es, wenn Sie können!

„Ich fühle keinen Beruf, mit Ihnen über meine philosophischen
Grundsätze zu streiten, Gräfin Jivania!“ — sagte Guy ironisch. —
„Nochmals, leben Sie wohl! Und mögen Sie diese Stunde nie be-
reuen!“

Mit diesen Worten öffnete Guy die Thüre.
„Ich mache Sie aufmerksam, daß meine Telegramme an Aimé und
meinen Bruder lange vor Ihnen die Hauptstadt erreichen werden!“ —
rief ihm Jivania nach. — „Nächsten Sie sich danach ein! Ich spiele
offenes Spiel, Herr Chevalier!“

Guy verließ das Zimmer, ohne etwas zu erwidern.
(Fortsetzung folgt.)

7 Karlsruhe, 23. Febr. (Großh. Hoftheater.) Die kurze
Zeit ausgelegt gebliebenen Extravotstellungen klassischer Dramen
wurden gestern mit Schiller's „Maria Stuart“ wieder aufge-
nommen. In der Titelrolle gastierte Hr. Eppner mit günstigem
Erfolg. Obwohl für dieselbe durch gedruckten Anschlag wegen einge-
tretener Heiserkeit die Nachsicht des Publikums in Anspruch genommen
war, war doch keine störende Indisposition an ihr wahrzunehmen. Die
Stimme erschien nur leicht umflort, und der Ausdrucksfall des Vor-
trags geschah nur in so fern ein Abbruch, als derselbe sich anschließ-
lich in der tiefen Contage hielt, wodurch eine gewisse Eintönigkeit
entstand. Der sympathische Eindruck ihrer Leistung erlitt jedoch keine
wesentliche Beeinträchtigung dadurch. Bei großer Jugend (Hr.
Eppner hat ihr zwanzigstes Lebensjahr noch nicht vollendet) be-
trübt dieselbe bereits einen bemerkenswerthen Grad künstlerischer Reife.
Ihre Maria Stuart war durchaus verständnißvoll angelegt und hatte
sehr wirkungsvolle Momente. Allerdings blieb hin und wieder eine
Verstärkung des Ausdrucks zu wünschen, so in dem Dialog mit
Paulet und dann mit Mortimer im ersten Akt und an einer Stelle der
Scene mit Burleigh, Leicester und Paulet im fünften, wo die Künst-

Allenfalls feierlichst sanctionirt und bekräftigt. Um die Pflicht seine
Amtes zu erfüllen, erklärt Pius IX. „ganz offen Allen, welche es an-
geht, und dem ganzen katholischen Erdkreis, daß jene Gesetze ungültig
sind, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar wider-
streiten.“ Mehr bedarf es nicht für Katholiken. Die päpstliche Bulle
wird und kann nicht zurückgenommen werden, und somit wird und
kann auch nichts Anderes übrig bleiben, als daß die Mai-Gesetze
fallen.

* Straßburg, 23. Febr. Die bemerkenswerthe Verfügung
des Direktoriums der Kirche Augsburgischer Konfession, betr.
die einheitliche Feststellung des Kirchengebotes für Kaiser
und Reich u. s. w., hat, besonders in der ultramontanen
Presse, die Annahme und Behauptung hervorgerufen, das
Direktorium der Augsburgischen Konfession habe in Folge
einer neuerlichen „Preßion“ der Landesverwaltung diesen
Schritt gethan. Damit gleichzeitig wird behauptet, die beiden
katholischen Bischöfe hätten diesem Drucke tapfer widerstanden
und zwar, sonderbarer Weise, der Bischof von Metz unter
Berufung auf die Hinsässigkeit des französisch-römischen
Konfessionales, der Bischof von Straßburg unter Berufung
auf den Fortbestand desselben Konfessionales. Wie man
sich die Ausgleichung dieses letzteren Widerspruchs auch
denke, so glauben wir doch gut unterrichtet zu sein, wenn
wir mittheilen, daß ein Druck von oben weder gegenüber
den Bischöfen, noch gegenüber dem Direktorium der Augs-
burgischen Konfession erfolgt ist. Das letztere scheint dem-
nach die Regelung des sich gezeigenden Umstandes aus
eigenem Pflichtgefühl unternommen zu haben und trotz allen
ausgestreuten Gerüchten zweifeln wir, ob die Bischöfe noch
sehr lange zögern werden, sei es mit schwerem Herzen, die
entsprechende Bestimmung auch für ihre Untergebenen anzu-
ordnen. Von den Vorständen des israelitischen Kultus glauben
wir bestimmt zu wissen, daß sie in Wälde dem Beispiele ihrer
evangelischen Kollegen folgen werden. Die für den Bau des
hiesigen neuen großartigen Anatomiegebäudes in unmittel-
barer Nähe des Bürgerpitals bestimmte und vom Reichstag
bereits angewiesene Summe beläuft sich auf nicht weniger
als 335,000 Mark.

München, 23. Febr. (Allg. Z.) Die Frau Herzogin Karl
Theodor ist gestern Abends 9 Uhr in Pöfshofen von
einer Prinzessin entbunden worden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 23. Febr. Der Versuch des Omlücker Dom-
kapitels, seinen Anspruch, die erledigten Domherrnstellen
nur aus den Reihen des Adels zu ergänzen — das Kapitel
hat sich seither als die feste Burg der Feudalopposition er-
wiesen — durch eine Entscheidung der römischen Kurie be-
kräftigt zu lassen, hat die Regierung zu einem Schritt ge-
drängt, der eine weit über den konkreten Fall hinausreichende
Bedeutung hat. Der Kultusminister hat das Domkapitel
verständigt, daß der Regierung ein Breve des angeordneten
Inhalts offiziell nicht bekannt sei, daß sie aber einem solchen
Breve, auch wenn es vorhanden sein sollte, irgend einen
Werth nicht beizulegen vermöge, sondern daß in Oesterreich
nur das österr. Gesetz Geltung habe, welches einem Adels-
privilegium entschieden widerstreite.

* Wien, 22. Febr. [Prozeß Dfenheim.] Ueber das
schon erwähnte Schreiben des Ober-Landesgerichts-Präsidenten
Hein an Baron Wittmann, das auf diesen einen so
bedauerlichen Eindruck machte, verlaute jetzt, daß es eine aus-
drückliche und entschiedene Rüge wegen der allzu großen Rede-
freiheit enthalten habe, welche Baron Wittmann dem Ange-
klagten und seinem Verteidiger gestattet habe. In einem
zweiten Schreiben suchte Baron Hein, jedoch vergebens, den
Eindruck seiner ersten Kundgebung abzumildern. — Es
soll übrigens auch dem Staatsanwalt in diesem Sena-
tionsprozeß, dem Grafen Lamezan, von seiner vorgelegten
Behörde die Mißbilligung darüber ausgedrückt worden sein,
daß er in seinem Schlussplaidoyer den Boden rein juristischer
Deduktion verlassen und sich zu sehr auf die Darlegung all-
gemeiner Gesichtspunkte beschränkt habe.

* Pesth, 20. Febr. Die offiziöse „Pesther Korrespondenz“
meldet über die seitens des Ministerpräsidenten Witto ver-
anlaßte Parteikonferenz Folgendes:

„Seit den Konferenzen, welche im Jahr 1867 vom Siebenund-

lerin einige Sätze, die, mit etwas schneidender hervortretender Schärfe
geprochen, von intensiver Wirkung sein konnten, in unmotivirt raschem
Tempo etwas leichtsin und fast unbedarbt leise sprach. Ansprechen
natürlich waren Spiel und Vortrag insbesondere zu Anfang des
dritten Akts, wo das Entzücken der in langer Kerkelhaft Schmach-
tenden beim Anblick der freien Natur erregend veranschaulicht war.
Die Scene mit Elisabeth war edel, maßvoll gehalten, ein höheres
Maß von Energie wohl nur durch die Indisposition der Stimme ver-
hindert. Von rührender Einfachheit, tief ergreifend und wirksam ge-
hoben durch imponirende Schönheit der Erscheinung war Hr. Epp-
ner's Spiel in der Beicht, und namentlich in der späteren Abschieds-
scene. Der Gesamteindruck der Leistung, für die sich auch das Au-
ditorium von Scene zu Scene mehr erwärmte, war ein völlig
günstiger.

Die Vorstellung als Ganzes ließ zu wünschen übrig. Freije und
Präzision des Ensemble war nicht in gleichem Grade wahrnehmbar,
wie z. B. jüngst bei der ersten Vorstellung von „Don Juan de Austria“.
Die unvorhergesehene Aenderung in der Besetzung des Mortimer trug
hierzu keineswegs bei. Das Spiel des Hrn. Urban, der an Hrn.
Göfners' Stelle fehr eintrat, war von vollkommener Sicherheit, dabei
lebensvoll und feurig, und besonders in dem zum raschesten Tempo
geheigerten Dialog mit Leicester vorzüglich gelungen.
Die übrigen Einzelleistungen sind bereits bei früheren Anlässen ein-
gehend besprochen, Paulel ausgenommen, dessen Darstellung durch Hrn.
Morris an Stelle des Hrn. Höder allerdings zu wünschen übrig
ließ. Frau Lange (Elisabeth), Hr. Schneider (Leicester), Hr.
Lange (Burleigh), Hr. Nebe (Schrewsbury), Hr. Weiser
(Melvil) erwarfen die gewünschte und verdiente Anerkennung.

* Aus dem Wiesenhal schreibt man der „Preisg. Z.“: Die
Vertragbedingungen bezüglich des Eisenbahn-Baus von Schopstheim
nach Zell sind jetzt definitiv zum Abschluß gekommen und wird das
Fest des ersten Spatenstichs kommenden Sonntag gefeiert.

sechziger-Komitee und von dessen Subkomitee im Akademiepalaste ge-
pflogen wurden, haben kaum Beratungen irgend eines Ausschusses
ein so bedeutendes Interesse hervorgerufen, als die Besprechungen jener
mehr vertraulichen als offiziellen Konferenz, welche heute (18. Febr.)
in der Wohnung des Herrn v. Sclavy stattfand. An derselben nahmen
Anton Cengery, Stephan v. Gorove, Koloman Eszka und Joseph v.
Sclavy einerseits, Thomas Pechy, Koloman Eszka, Baron Ludwig
Simonhy und Gabriel Parady anderseits Theil. Um 11 Uhr eröffnete
der Ministerpräsident Witto die Berathung mit einer kurzen, alleseitig
mit sichtlichster Sympathie aufgenommenen Einleitung. Nachdem hierauf
seitens aller Anwesenden erklärt worden, daß sie nicht im Auftrage
ihrer Parteien Meinungen zu äußern gedenken, sondern lediglich ihre
persönlichen Ansichten vertreten, welche für die Parteien durchaus nicht
bindend sind, anderseits aber konsultirt worden, daß ein offener und
rücksichtsloser Meinungsaustrich bezüglich aller jener Fragen, welche
in der nächsten Zeit auf die Tagesordnung kommen dürften, wünschens-
werth und zweckentsprechend wäre, um die Bildung einer einheitlichen,
kompakten Reichstags-Majorität möglich zu machen, entfernte sich der
Ministerpräsident und erschien erst zu Ende der Konferenz, um das
Resultat derselben entgegenzunehmen. Die anwesenden acht Partei-
männer gingen hierauf zur Besprechung folgender fünf hochwichtigen
Angelegenheiten über, und zwar: 1. der Bankfrage, 2. des Zoll- und
Handelsvertrages, 3. der Fußzügfrage, 4. der Reform der Admini-
stration und 5. der Steuerfrage und Bedeckung des heutigen Defizits.
Bezüglich der vier ersten Fragen wurde, wenn auch noch längere
Debatte, an welcher ohne Ausnahme alle Mitglieder der Konferenz wie-
derholt theilnahmen, konstatiert, daß zwischen den Ansichten und Ab-
sichten der Anwesenden keine Differenzen obwalteten. Mit Bezug auf
den fünften Punkt, nämlich in welcher Weise das Defizit zu decken sei,
sah zwar eine eingehende Diskussion statt; nachdem jedoch die oppo-
sitionellen Mitglieder der Konferenz, insbesondere Eszka, hervorgehoben,
daß die Lösung dieser Frage (nachdem bezüglich der vier ersten Punkte
eine erfreuliche Verständigung erzielt wurde) jener Persönlichkeit,
welche von Sr. Majestät mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut
würde, überlassen werden möge, und dies um so mehr, als diese Frage
kaum eine Schwierigkeit verursachen dürfte, so einigte man sich dahin,
dem entsprechend vorzugehen. Der hierauf gestellte Antrag Gorove's,
noch eine Konferenz abzuhalten, wurde mit der Bemerkung abgelehnt,
daß eine derartige Besprechung jetzt nicht mehr nöthig sei. Wie schon
oben erwähnt, erschien zu Ende der Ministerpräsident Witto, um das
Resultat der Berathung entgegenzunehmen, und fand derselbe die Herren
in der gehobenen Stimmung. Es herrschte die Ansicht, daß die Herren
welche an der heutigen Konferenz theilnahmen, nach der zunächst er-
folgenden Ankunft Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen
würden.

Pesth, 23. Febr. (Allg. Ztg.) Der Kaiser hat heute
nur Cengery und Gorove, nicht aber Eszka empfangen.
Wentheim hat die Premierschaft abgelehnt. Bei Sclavy in
erster und Gorove in zweiter Linie ist noch Hoffnung auf
Annahme vorhanden. Die Lage beginnt (?) verworren zu
werden.

Frankreich.

Paris, 23. Febr. Nationalversammlung von
Verailles. Sitzung vom 22. Februar.

Die Tribünen sind überfüllt; in der Diplomatensloge Fürst Hohen-
lohe. Hr. Antonin Ledebvre-Pontalis legt den Nachtrags-
bericht des Dreißiger-Ausschusses über die letzten Vorlagen betreffend
die Organisation eines Senats auf den Tisch des Hauses. Er
wird veranlaßt, diesen Bericht sofort zu verlesen. Derselbe enthält
nichts, was nicht schon aus den Protokollen der Ausschüsse bekannt
geworden wäre. Die Kommission gelangt schließlich nach Prü-
fung aller Gegenprojekte nur wieder zu ihrem Entwurfe, dem zufolge
zwei Drittel des Senats von dem Departements- und Kolonien nach
dem bekannten indirekten System (Generalräthe, Arrondissementräthe,
Delegirte der durch die Höchsthöheren versärfarten Gemeinderäthe), das
dritte Hundert aber von dem Präsidenten der Republik ernannt wer-
den sollen. Hr. Wallon beantragt für diese Verhandlung die
Dringlichkeit. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Er hält es für
überflüssig, diesen Antrag erst noch zu begründen. Hr. du Bodan:
Einen so wichtigen Gegenstand können wir doch unmöglich ohne reif-
liche Prüfung erledigen, und wir haben von dem eben verlesenen Be-
richte nicht ein Wort verstanden. Hr. Ganivet: Ueberdies kam
nach Art. 83 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit nur bei der ersten
Einbringung eines Gesetzentwurfs, nicht aber verfügt werden, wenn
derselbe schon einmal an die Bureau's verwiesen worden ist. Prä-
sident: Das liegt durchaus nicht im Art. 83, und übrigens haben
wir zahlreiche Präcedenzfälle für das Gegenheil: die Kammer hat
vollständig freie Hand. Nach einer letzten Einsprache des Hrn.
v. Belcaire beschließt die Nationalversammlung die Dring-
lichkeit. Präsident: Soll nunmehr die Verhandlung jetzt
gleich beginnen oder wann? Hr. v. Lorgeil: Sie sind hier im
Begriffe, einen Senat einzuführen, an welchem Ihnen eigentlich nicht
viel gelegen ist. ... Präsi.: Sie treten in die Diskussion selbst! Hr.
v. Lorgeil: Sie lassen mich aber auch nicht ausreden, Herr
Präsident! Präsi.: Hr. v. Lorgeil, ich rufe Sie zur Ord-
nung! (Lärm.) Hr. v. Lorgeil: Wenn Sie mich nur erst an-
hören wollten! (Neuer Lärm. Wenig.) Hr. Depeyre: Die Regel
bleibt, selbst in Dringlichkeitsfällen, daß der Bericht, nachdem er ver-
lesen worden, erst gedruckt und vertheilt wird. Ich beantrage also im
Interesse der Würde des Hauses, die Debatte wenigstens auf morgen zu
verschieben. (Rufe rechts: Auf Donnerstag! Oder lieber gleich auf den
24. Februar, das wäre ein passendes Datum!) Präsident läßt ab-
stimmen: jede Vertagung wird abgelehnt. (Tiefe Bewegung.
Viele Abgeordnete der Rechten verlassen in demonstrativer Weise den
Saal.)

Die Generaldebatte eröffnet Marquis v. Castellane. Ich muß
zunächst, sagt er, noch einmal gegen das Ansuchen protestiren, über
eine Vorlage abzustimmen, die wir kaum in ihrem Wortlaute kennen.
Wenn hätte ich ein Senatsgesetz votirt, welches dem Marschall die
Waffen in die Hand gegeben hätte, die feindlichen Parteien zu be-
kämpfen; aber mit dem Ballonischen Entwurfe kann ich mich nicht
nimmerehr befreunden. Sie wollen die Fortschritte des Radikalismus
und des Bonapartismus verhindern; aber werden Sie dieses Ziel mit
Ihrem Projekte erreichen? Ich glaube es nicht. Wenn die Gemein-
räthe, welche sich bei den Senatswahlen betheiligen, nicht konserva-
tiv sind, so können die Folgen gefährlich werden; sind sie aber konserva-
tiv, dann sind sie wieder nur bonapartistisch oder überhanpt monar-
chisch, und werden also keine Republikaner wählen. (Unruhe.) Ganz

unbillig ist es ferner, daß die größten Städte eben so wie die letzte Dorfgemeinde nur einen Delegierten für die Senatswahl zu entsenden sollen. Endlich soll die Nationalversammlung, welche Sie (zur Einkommensteuer) schon so lange als altersschwach und ohnmächtig hinstellen, nun plötzlich 75 noch obenein unabhängige Senatoren wählen; wie meint sich das mit Ihrer Pietät für das allgemeine Stimmrecht zusammen? Der Wallonische Entwurf gründet nicht einmal die Republik, sondern verlängert nur ein Praesidium, welches alle Nachteile der Republik ohne die Vortheile der Monarchie hat und uns geradenwegs zur Anarchie führen muß. Die ächten Republikaner von ehemals wären nimmermehr auf eine solche Zwitterverfassung eingegangen. Uebrigens ist, wenn diese Vorlage durchdringt, die Auflösung der Kammer gar nicht mehr länger hinzuhalten, und daß auf diese alles Andere eher folgt, als die konstitutive Republik, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Eine solche Verantwortlichkeit können wir nicht auf uns nehmen. Wir wollen auch nicht mit einem Fuße in der Republik stehen. Wir wollen wohl, daß wir in der Minorität bleiben werden; aber daran ist eine Partei noch nicht zu Grunde gegangen. Dagegen vernichtet sie sich selbst, wenn sie auf Allianzen eingeht, die ihrer Ehre zuwiderlaufen. (Beifall rechts.)

Da Niemand mehr das Wort verlangt, wird die Spezialdebatte, und zwar, nachdem alle andern Amendements zurückgezogen worden, über den Art. 1 des Wallonischen Entwurfs eröffnet. Derselbe lautet:

Der Senat besteht aus 300 Mitgliedern, von denen 225 von den Departements und Kolonien und 75 von der Nationalversammlung gewählt werden.

Der Senat besteht aus 300 Mitgliedern. Er wird durchaus und direkt von dem allgemeinen Stimmrecht gewählt.

(Die Rechte flacht zu diesem Schachzuge der Bonapartisten, welche das Amendement Pascal Duprat wieder aufnehmen, um die Linke mit sich selbst in Widerspruch zu bringen, spöttischen Beifall.) Hr. Raou Duval, sehr verschnupft, will seinen Antrag nur ganz kurz verteidigen. Uebrigens verlangt er von der Kammer ja nur, daß sie ihrem eigenen Beschlusse treu bleibe. Die Wallonische Verfassung hatte den Präsidenten der Republik mit Waffen aus, welche man nur einem konstitutionellen Monarchen anvertrauen konnte; ein künftiger Präsident könnte von denselben einen Gebrauch machen, den man jetzt nicht zu ahnen scheint. Den Senat in abhebbare und unabhebbare Mitglieder theilweise im Voraus den Keim des Zwiespalts und der Dummheit in diese Versammlung legen. Wenn er wirklich der Senat einer Republik sein und das nötige Ansehen besitzen soll, muß er direkt aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen. Hr. Lepercq. Der Hr. Antragsteller hat allerdings neulich mit uns für das Amendement Pascal Duprat, aber alsdann, wie alle Bonapartisten, gegen die Vorlage als Ganzes gestimmt. (Sehr richtig! links.) Er bedient sich hier also eines Strategems, mit welchem Sie sich hoffentlich nicht fangen lassen werden. (Beifall.) Das Amendement des Hrn. Raou Duval wird mit großer Majorität verworfen. Ein von der Rechten ausgehender Antrag, die Fortsetzung der Debatte auf morgen zu verschieben, wird ebenfalls und, da die Rechte auf namentlicher Abstimmung besteht, mit 345 gegen 316 Stimmen abgelehnt. Die Debatte über Art. 1 des Wallonischen Entwurfs wird also wieder aufgenommen.

Hr. Depeyre behauptet, daß die Rechte bei aller Anhänglichkeit zum Marschall über den Entwurf des Dreißiger-Ausschusses nicht hin, auszugehen könne. Derselben verliest Hr. de Chercy im Namen von etwa dreißig Mitgliedern des rechten Zentrums folgende Erklärung:

Die Unterzeichneten erklären, daß sie für den Wallonischen Entwurf nicht stimmen können, weil derselbe zwei unerlässliche konstitutive Garantien nicht enthält: nämlich die Erneuerung eines Theils des Senats durch den Präsidenten der Republik und die Bestätigung der Gemeinderäte durch die Höchstbesteuerten bei der Wahl ihrer Delegierten. Die Unterzeichneten werden für den Entwurf des Dreißiger-Ausschusses stimmen, weil derselbe diese beiden Garantien enthält.

Hr. Wallon entgegnet, was wenigstens den ersten Punkt betrifft, daß der Marschall selbst auf das Ernennungsrecht verzichtet habe. Der zweite Punkt werde später noch zur Sprache kommen. Herzog von Carougeaux-Bisaccia erklärt es mit seinen Grundgedanken unvereinbar und aus jedem Gesichtspunkt unzulässig, daß die Nationalversammlung das Recht haben sollte, unabhängige Senatoren zu ernennen. Art. 1 des Wallonischen Entwurfs wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 422 gegen 261 Stimmen angenommen. Während der Prüfung des Scrutiniums wird der Beschluß gefaßt, daß unmittelbar auf diese Verhandlung über das Senatsgesetz die dritte Lesung der andern konstitutionellen Vorlage betreffend den Uebergang der Gewalten folgen soll. Inzwischen ist es acht Uhr geworden und die Fortsetzung der Debatte wird auf morgen verlagert.

Paris, 23. Febr. In dem Votum über Art. 1 des Wallonischen Entwurfs stimmten sämtliche Minister mit einziger Ausnahme des Hrn. Tailhand für den Artikel, desgleichen der Prinz Joinville, der Herzog von Broglie, die Hrn. d'Harcourt, d'Haussonville und der Vorkämpfer Le Flo (während Hr. v. Gontaut-Biron gar nicht in der Sitzung erschienen war); gegen den Artikel stimmten die äußerste Rechte (darunter auch Dupanloup und Changanier) und die Bonapartisten, sowie etwa dreißig Mitglieder des rechten Zentrums. Es enthielten sich der Abstimmung: Thiers (!), Grévy, Barbet, Louis Blanc, Mater de Montjau, Marcon, Ordinaire, Edgar Quinet und einige Andere. — Nachdem nunmehr die Verfassungsgesetze in Sicherheit gebracht sind, richtet sich das ganze öffentliche Interesse auf die Zusammenfassung des neuen Ministeriums, die in aller nächster Zeit zu gewärtigen ist. Nach dem „Temps“ hätte folgende Liste große Wahrscheinlichkeit für sich: Vizepräsident des Ministerraths und Ministerium des Innern: Hr. Buffet; Justiz: Hr. Dufaure, welcher die Premierchaft für jetzt wenigstens abgelehnt hätte; Unterricht und Kultus: Hr. Wallon mit Hrn. Bardoux als Unterstaatssekretär; öffentliche Arbeiten: Hr. Christophle oder vielleicht der bisherige Minister, Hr. Cailleur; Finanzen: Hr. Mathieu-Bodet; Aeußeres: Herzog Decazes; Marine: Hr. v. Montaignac, welcher trotz seiner bekannten legitimistischen Gesinnungen gestern für das Wallonische Gesetz gestimmt hat (vielleicht aber doch Hr. Fourichon); Krieg: Hr. v. Cisse;

Handel und Ackerbau, noch unbesezt: man spricht von Hrn. Léonce de Labergne und von Hrn. Waddington. Das „Bien public“ hat eine ganz ähnliche Liste, in welcher nur auch Hr. Laboulaye figurirt. Nach dem „Moniteur universel“ hingegen würde Hr. Léon Say die Finanzen, Hr. v. Audiffret-Pasquier das Innere übernehmen, und wäre auch von dem Eintritt der Hrn. Ricard und Vocher in das neue Kabinett die Rede.

Paris, 23. Febr. (Allg. Ztg.) Die offizielle karlistische Zeitung „El cuartel real“ ist in Frankreich verboten worden.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Febr. (Allg. Ztg.) Der Levant Herald zeigt an, daß die Vertreter der Großmächte am Samstag eine Sitzung abgehalten und den einstimmigen Beschluß gefaßt haben, die Forderungen des Justizministers betreffend die Ausschließung der Dragomane von den Verhandlungen der türkischen Zivilgerichte zurückzuweisen.

Großbritannien.

London, 23. Febr. Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt die Regierung behufs Unterdrückung des Menschenhandels in der Südie die Einrichtung eines Konsularsystems mit Justizvollmachten, welches unter dem Generalkonsulat des Gouverneurs der Fidschi-Inseln stehen soll.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 23. Febr. Der Personen- und theilweise auch der Güterverkehr über die durch Eisgang gestörte Route Hochs-Lauburg ist wieder eröffnet. Von der Beförderung sind jedoch bis auf Weiteres ausgeschlossen: Kohlen, Coaks, Heu, Stroh etc., Langholz, sowie sonstiges loses Gut, Güter, von denen das einzelne Stück mehr als 20 Zentner wiegt, und Pollgüter unter Wagenverschluß.

Karlsruhe, 23. Febr. Am 20. d. M. beschloß Hr. Professor Dr. Weingarten von Marburg die Reihe der in diesem Winter abgehaltenen und bereits seit eingetragenen Protestantenvereins-Vorträge mit einem sehr interessanten Vortrag über die Grundzüge Luthers in Betreff der Verfassung und des Gottesdienstes der evangel. Kirche. Der parteilos wissenschaftliche Standpunkt, die seltene Sachkenntnis und die klare Behandlung des Stoffes durch einen Historiker von Fach gab dem Vortrag seinen eigenthümlichen Reiz. — Am 22. fand die Generalversammlung des Vereins statt, in welcher unter Anderem der Vorstand ernannt wurde, der nun aus den Herren Delan Mittel, Vorkämpfer, Hofbuchhändler Kuntel, Rastler, und den Herren Kreisgerichts-Rath Gerbel, Steuerassessor Kirsch, Kreisgerichts-Rath a. D. Lafoße, Konjul Matthijs und Fabrikant Schmieder besteht.

Karlsruhe, 23. Febr. (Bürgerausschuß-Sitzung vom 22. d. M. unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Der erste Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl der 22 Stadträte. Es waren hiezu 105 Bürgerausschuß-Mitglieder erschienen, welche sich an der Wahl beteiligten; die höchste Zahl der Stimmen, welche auf einen der aufgestellten Kandidaten fiel, war 104, die niedrigste 62; 2302 Stimmen wurden abgegeben und gewählt wurden 12 bisherige Mitglieder (Bielefeld, Dürr, Gartner, Hoffmann, Kunt, Lang, Reichlin, Meiß, Sembert, Dr. Holz und Weber) und 10, welche neu eintreten (Barthold, Beder, Boedy, Burg, Engelhardt, Große, Kämghild, Dr. Spemann, Bierordt und Wundt). Das Ortsstatut über die Grund- und Pfandbuch-Führung, worüber Gemeinderath Langer Bericht erstattete, und Kreisgerichts-Rath v. Bittersdorff das Korreferat übernommen hatte, kam hierauf zur Verhandlung und fand sofort einstimmige Annahme. Der letzte Gegenstand heutiger Sitzung war die Ertheilung der Nachsicht zur Bürgerrechts-Erwerbung der Paritätler Neese und Tanna; nach der Berichterstattung des Oberbürgermeisters Lauter und einigen Bemerkungen der Stadtverordneten v. Bittersdorff (Korreferent), Koele und Ralsch wurde mit allen Stimmen gegen 2 nach dem Antrage des Gemeinderaths und zu Gunsten der Gefuchsteller entschieden.

Nach der Sitzung wählten die Stadtverordneten unter Vorsitz des ältesten Mitgliedes, Kaufmanns Christian Niemp, ihren geschäftsleitenden ständigen Vorstand und ernannten in denselben: Oberbürgermeister Ralsch, Präsident Kene, Rentner Herrmann, Kaufmann Foyer und Kreisgerichts-Rath v. Bittersdorff.

Heidelberg, 22. Febr. Die heute stattgehabte Wahl von Stadtverordneten seitens der Klasse der niedersbesteuerten Wähler ging unter starker Theilnahme und ohne einen eigentlichen Wahlkampf vor sich. Es hat etwa die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt und gilt die Wahl der Kandidaten, über welche man sich in der am letzten Freitag stattgehabten Wählerversammlung einigte und die in ihrer überwiegenden Mehrheit zur nationalen und liberalen Partei zählen, als festgehend. Die Mittelbesteuerten, deren Wahlbesprechung morgen Abend in der Harmonie stattfindet, werden am Donnerstag zu wählen haben.

Heidelberg, 23. Febr. Da die Versammlung des hiesigen Bürgerausschusses am letzten Freitag, in welcher der Anlauf mehrerer Grundstücke zu südlichen Zwecken gutgeheißen, die Erhebung eines Rechtsstreites wegen eines Weges, sowie die Stadtrechnung für 1873 genehmigt und dem Stadtrechner Decharge erteilt wurde, voraussichtlich die letzte Sitzung des gegenwärtigen Bürgerausschusses war, so schloß Hr. Oberbürgermeister Krausmann dieselbe mit einer angemessenen Ansprache, worin er der Thätigkeit des leitherigen Ausschusses Anerkennung zollte, auf die mannigfachen Schöpfungen der letzten 10 Jahre hinwies und den Wunsch ausdrückte, daß auch die Träger der zukünftigen Gemeindevverwaltung besetzt sein möchten von dem Geiste der Einigkeit, durchdrungen von dem, was das Wohl der Stadt verlangt, von dem, was die alten Bürgerchaften geizet hat: einzustehen für Recht und Gerechtigkeit.

Mannheim, 23. Febr. Einem Berichte über die Hauptversammlung der hiesigen freireligiösen Gemeinde entnehmen wir, daß im Jahre 1874 durch die H. Albrecht, Czarsky und Scholl 13 Vorträge gehalten wurden, die Mitgliederzahl 643 beträgt, fünf Mitglieder neu eintraten, 2 Geburts- und 6 Todesfälle vorliefen. Die Gemeinde besitzt ein Vermögen von nahezu 12,000 fl. bei einem Jahresbudget von 1260 fl. Innerhalb der Gemeinde besteht ein Frauenverein für wohlthätige Zwecke. — Die Kathodiken Gemeinde nahm letzten Sonntag, wie die „N. B. L. Z.“ berichtet, einen Vortrag

des Methodistenpredigers G. Hanzer von Forzheim entgegen und vereinigte sich am gleichen Tage zu einer musikalisch-religiösen Abendunterhaltung. — Die Kaiserflocke wird nur noch kurze Zeit vor dem Abgange nach Köln zu Feantenthal zu sehen sein; das „Journal“ berichtet von einem Besuche, welchen der Turnverein dem imposanten Werke abtrotete. Dem Meister Hamm ist, so viele Zweifel gegen das Gelingen der riesigen Aufgabe laut geworden waren, deren durchaus befriedigende Lösung möglich geworden und durch dieselbe dem deutschen Gewerbfleiß ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. — Kapitän Hecaff vom hiesigen Fährboot rettete in voriger Woche mit eigener Lebensgefahr einen Herrn aus Köln, der beim unvorsichtigen Besetzen des Bootes in den Rhein gestürzt war.

Nachschrift.

† Versailles, 23. Febr. Die Nationalversammlung setzte heute die Berathung des Wallonischen Senatsgesetzes-Entwurfs fort. Artikel 5 wurde an die Kommission zurückverwiesen und dessen Berathung, sowie die Abstimmung über das ganze Gesetz auf morgen festgesetzt.

† Madrid, 23. Febr. Morgen findet der offizielle Empfang des deutschen und des belgischen Gesandten durch den König Alfons statt. — „Gaceta“ zufolge übermittelte der päpstliche Nuntius dem Könige ein herzliches Erwiderschreiben des Papstes auf die Notifikation der Thronbesteigung.

† London, 23. Febr. Im Unterhause beantragte James die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Verhältnisse der Anleihen von Honduras, Costarica, San Domingo und Paraguay anlässlich der Nichtzahlung der Zinsen. Der Antrag wurde unter Zustimmung der Regierung angenommen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 24. Febr., die übrigen vom 23. Febr.)

Staatspapiere.

| | | | |
|------------------------------|---------|----------------------------------|---------|
| Breusen 4 1/2 % Obligationen | 105 1/2 | Burg 4 % Obl. f. r. 288r. | 96 1/2 |
| Baden 5 % Obligationen | 103 1/2 | Burg 4 % Obl. f. r. 288r. | 96 1/2 |
| „ 4 1/2 % „ | 102 | Rußland 5 % Obl. f. r. 1870 | 103 1/2 |
| „ 4 % „ | 97 1/2 | „ 5 % do. von 1871 | 101 1/2 |
| Bayern 4 1/2 % Obligationen | 102 1/2 | „ 5 % do. von 1872 | — |
| „ 4 % „ | 98 | Schweden 4 1/2 % do. i. Z. f. r. | 99 1/2 |
| Württemberg 5 % Obl. f. r. | 106 1/2 | Schwed. 4 1/2 % Bern. Staatsobl. | — |
| „ 4 1/2 % „ | 102 1/2 | N. Mexiko 6 % Bonds | — |
| Raffau 4 % Obligationen | 99 1/2 | „ 1882r v. 1882 | 99 1/2 |
| Gr. Hesse 4 % Obligationen | 99 1/2 | „ 6 % do. 1885r | 102 1/2 |
| Deft. 5 % Silberrente | 69 1/2 | „ 5 % do. 1805r | 99 1/2 |
| „ 4 1/2 % „ | 69 1/2 | „ 5 % do. 1864 | 99 1/2 |
| „ 5 % Papierrente | 64 1/2 | „ 3 % Spanische | 22 1/2 |
| „ 4 1/2 % „ | 64 1/2 | Bolle französ. Rente | 101 |

Actien und Prioritäten.

| | | | |
|-------------------------------|---------|--------------------------------|--------|
| Badische Bank | 109 1/2 | 5 % N. Mex. Gr. Mex. Pr. i. S. | 69 |
| Frankf. Bankverein | 81 1/2 | 5 % Böhm. Westb. Pr. i. S. | 97 1/2 |
| Deutsche Vereinsbank | 86 1/2 | 5 % Eliaz. B. Pr. i. S. 1. Em. | 85 1/2 |
| Provincialbank | 80 1/2 | 5 % do. | 84 1/2 |
| Darmstädter Bank | 142 1/2 | 5 % do. steuerf. neue | 89 1/2 |
| Cesler. Nationalbank | 87 1/2 | 5 % do. (Reinhardt-Rieb) | 89 1/2 |
| Württemberg. Ver. Bank | 125 1/2 | 5 % Donau-Drain | — |
| Cesler. Kredit-Actien | 199 1/2 | 5 % Pr. Pr. Prior. | 89 1/2 |
| Mitt. Deutschkreditbank | 89 1/2 | 5 % Kronpr. Pr. v. 67/68 | — |
| Rheinische Kreditbank | 97 1/2 | 5 % Kronpr. Pr. v. 1869 | — |
| Basler Bankverein | 90 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| Brüsseler Bank | 103 1/2 | 5 % Lit. B. | 70 |
| Berliner Bankverein | 80 1/2 | Borarlberger | — |
| Südt. Bankverein | 112 1/2 | 5 % Ungar. Ostb. Prior. i. S. | 61 1/2 |
| Deutsche Effektenbank | 85 1/2 | 5 % Ungar. Nordostb. Prior. | 63 1/2 |
| Chr. Deutsche Bank | 114 1/2 | 5 % Ungar. Galiz. | 68 1/2 |
| 4 1/2 % bayr. Dts. a. 200 fl. | 115 1/2 | 5 % Ungar. Galiz. Anl. | 74 1/2 |
| 4 1/2 % pfälz. Margb. 500 fl. | 118 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 4 % Hess. Ludwigsbahn | 118 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 8 1/2 % Oberhess. Ems 350 fl. | 74 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % Pr. Pr. Pr. Staatsb. | 265 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 118 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 138 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 163 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 127 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 167 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 145 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |
| 5 % „ „ „ „ | 208 1/2 | 5 % Pr. Pr. Pr. i. S. | 87 1/2 |

Anleihenloose und Prämienanleihen.

| | | | |
|-----------------------------------|---------|---------------------------------|---------|
| Österr. Windener 100-Thaler-Loose | 108 1/2 | Deft. 4 % 250 fl. Loose v. 1854 | 112 1/2 |
| Bayr. 4 % Prämien-Anl. | 129 1/2 | „ 5 % 500 fl. „ v. 1860 | 116 |
| Badische 4 % „ | 120 1/2 | „ 100 fl. Loose v. 1864 | — |
| „ 3 1/2 % „ | 125 | Ungar. Staatsloose 100 fl. | 175 |
| Braunsch. 20-Jähr. Loose | 74,80 | „ Raab-Grayer 100 fl. Loose | 84 1/2 |
| Größ. Hessische 50 fl. Loose | — | „ Schwedische 10-Jähr. Loose | 47 1/2 |
| „ 25 fl. „ | — | „ Finnländer 10-Jähr. Loose | 39,20 |
| „ 12 1/2 fl. „ | — | „ Meiningen 7-Jähr. Loose | 19,80 |
| „ 6 1/2 fl. „ | — | „ 3 % Obenburger 40-Jähr. L. | 110 1/2 |

Wechselkurse, Gold und Silber.

| | | | |
|-------------------------------|---------------------|--------------|---|
| London 10 Ffd. St. 6 % 205,50 | Doll. 10 fl. St. M. | 16,85—90 | |
| Paris 100 Fr. 6 % 81,60 | Ducaten | 9,52—57 | |
| Wien 100 fl. 5 % 182,80 | 20-Francs-St. | 16,31—34 | |
| Disconto . . . L. S. 3 1/2 % | Engl. Sovereigns | 20,48—51 | |
| Preuß. Friedrichsd'or M. | Russische Imperial | 16,80—85 | |
| Pistolen | Dollars in Gold | 4,17—20 | |
| | 16,57—62 | Dollarcoupon | — |

Tendenz: Schlussbesserung.

Berliner Börse, 24. Febr. Kredit 398.—, Staatsbahn 529,50, Lombarden 288.—, Tendenz: matt.

Wiener Börse, 24. Febr. Kreditaktien 219,25, Lombarden —, Anglobank 131.—, Unionbank —, Napoleonsd'or 8,90, Tendenz: matt.

New-York, 24. Febr. Gold (Schlußkurs) 114 1/2.

Weitere Handel-Nachrichten in der Beilage Seite 77.

Verantwortlicher Redakteur:

Paul Kreyhschmar in Karlsruhe.

Groß. Hoftheater.

Donnerstag, 25. Febr. 1. Quartal. 30. Abonnementsvorstellung. Die Grille, ländliches Charakterbild in 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Todesanzeige.
P.439. Oberkirch. Es hat dem Allmächtigen gefallen, unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Tante und Schwester: Oberamtmann **Kernbach** Wittwe, geborne **Christ**, heute Nachmittag 3 Uhr nach kurzem Leiden im Alter von 78 Jahren zu sich zu rufen. Verdrigung Freitag 10 Uhr. Im Namen der Hinterbliebenen, Oberkirch, den 23. Febr. 1875, Aug. Christ z. Sonne.

P.186.3. Heidelberg.
Av!
Zu dem am 5. und 6. März h. a. stattfindenden Winter-Commerc haben wir hiermit unsere Philister freundlichst ein.
J. A. d. L.
der Buchhandlung
Allemania zu Heidelberg
H. Rüdiger XX
d. St. Schriftwart.
(76/11)

Rechnungsverständiger
P.440. Ein Rechnungsverständiger erbietet sich, die Abhör von Rechnungen oder auch eine Vermögensverwaltung, eventuell die Stellung besaglicher Rechnungen zu übernehmen.
Gefl. Offerten werden sub S. K. durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

Stelle-Gesuch.
P.123.4. Ein im Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst gut geübter Schiffsucher auf sofortigen Eintritt oder auf kommenden Monat eine Stelle.
Näheres zu erfragen durch die Expedition dieses Blattes.

Reisender-Gesuch
P.398.2. Eine Cigarrenfabrik sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen Reisenden. Offerte mit Belegung der Photographie besorgt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 100.
P.195.3. Straßburg, Elf., Steinstraße 34, zu unsern 3 engl. Mädchen suchen wir noch ein paar deutsche Pensionärinnen, die bei liebevoller Beaufsichtigung zu Hause und gründl. Unterricht. unsere deutsche höhere Töchterschule (6 Klassen) besuchen können.
J. Schottky-Mary Davies.

Zu Georgi wird zu mietzen gewünscht:
Ein herrschaftliches Haus oder Wohnung in der Kriegsstraße oder in deren unmittelbarer Nähe außerhalb der Stadt, wo möglich mit Garten, 8-10 Wohnzimmer mit entsprechenden Nebenräumen, möblirt oder unmöblirt.
Anzeigen beliebe man schriftlich an Frau Ingenieur **Frey** Wittwe, Heidelberg, Academiestraße Nr. 2, einzusenden. P.247.5.

Stuttgart.
P.434. Einem tüchtigen Kaufmann ist Gelegenheit geboten, sich an einer bestrenommierten und gut eingerichteten **Neusilber-Waaren-Fabrik** in einer der größten Städte Württembergs mit 10,000 bis 15,000 Gulden zu beteiligen. Auf Wunsch könnte das ganze Anwesen auch käuflich erworben werden.
Frankfurter Anzeigen besorgt und ist zu weiterer Auskunft bereit (D.1090) **C. Aug. Ettel.**

Offenburg, Adolf Schell,
Bahnhofstraße
Nr. 113
Weinverkauf.
Die Herren Besucher des Mittwoch den 3. März hier stattfindenden Weinmarktes mache ich auf meine reingehaltenen ca. 175 Hectoliter 1865r, 69r, 70r, 72r und 73r Durbacher und Oberkircher Kleiner, Weißherbst und Ringelberger, ca. 125 Hectoliter 68/72r Oberkircher Keller und ca. 500 Hectoliter 1870/72r, 73r u. 74r feiner Keller Rotweine aufmerksam.
Offenburg, Adolf Schell,
Bahnhofstraße
Nr. 113
Glaskabrinant.

Eine Apotheke
wird zu kaufen oder zu pachten gesucht.
Geallige Offerten wollen adressirt werden an das Agentur-Bureau von **Albert Höpinger** in Freiburg i. Br. P.381.2

Ein Gärtner mit guten Zeugnissen wird gef. ht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

P.444.1. Wir sind von folgenden Hypothekbanken mit dem Verkauf ihrer Pfandbriefe beauftragt, und können die Stücke sofort bezogen werden:
5%, Pfandbriefe der Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien.
5 & 4 1/2% dergl. der Frankfurter Hypothekbank.
4 1/2 & 4% dergl. der Süddeutschen Boden-Credit-Bank in München.
5% dergl. der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin.
Karlsruhe und Baden-Baden
G Müller & Cons.

Württembergische Notenbank.
Bekanntmachung
wegen Einlösung der Zehnguldennoten.
Reichsgesetzlicher Vorschriften entsprechend werden zunächst die auf zehn Gulden lautenden Noten unserer Bank hiermit eingezogen.
Die Inhaber dieser, vom 15. November 1871 datirten, Zehnguldennoten werden aufgefordert, dieselben bis spätestens 15. September dieses Jahres an unsere Kasse zur Einlösung gegen bares Geld, oder zum Umtausch gegen einhundert Mark Reichsbanknoten unserer Bank (zu vergl. unsere Bekanntmachung vom 10. Dezenbr. 1874 in Nummer 290 des Staatsanzeigers für Württemberg und Nummer 294 des schwebischen Merkurs vom vorigen Jahre) zu präsentieren.
Für die innerhalb der bis 15. September dieses Jahres dauernden Frist nicht eingelieferten Zehnguldennoten, hört gemäß Art. 13 des württbg. Gesetzes vom 24. Juli 1871 betreffend die Erziehung einer Notenbank und § 21 der Verordnungen die ordentliche Einlöspflicht auf; sie verlieren ihre Eigenschaft als Banknoten.
Stuttgart, den 15. Februar 1875.
Direktion der württbg. Notenbank.
Hidor Jordan. Sit. Kehr.

Schweizerische Nordostbahn.
Coupons-Einlösung.
Die Auszahlung von gewissen fälligen Aktiendividenden und Obligationenzinsen unserer Gesellschaft wird vom 1. März d. J. an auch durch die Filiale der **Rheinischen Creditbank in Karlsruhe** in unserm Auftrage kostenfrei besorgt.
Basel, den 22. Februar 1875.
Die Direktion der Schweiz. Nordostbahn.

Holz-Versteigerung.
Kaiserliche Oberförsterei Hagenau-Of.
Am Freitag den 12. März cr., Vormittags 9 Uhr, werden in dem Kaufhaus Saale zu Hagenau folgende Stamm- und Brennholz öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden:
I. Ungetheilte Hagenauer Wald.
A. Stammholz.
ca. 300 Eichenstämme, 120 Eichen, Erlen- u. Stämme, 20 Buchen- " 2500 Kiefernstämme.
B. Brennholz.
Eiche 160 Rmr. 40 Rmr. 330 Rmr. 3100 Stüd.
Buche 220 " 80 " 100 " 9500 "
Erlen, Erlen- u. 200 " 50 " 80 " 2100 "
Kiefern 1700 " 300 " 2480 " 40000 "
II. Artillerie Schießplatz.
A. Stammholz.
ca. 130 Eichen-Stämme, 2500 Kiefern Nuzholz II. Kl. und 4000 Kiefern- " 8000 " Hopfenstangen.
B. Brennholz.
Eiche, Knüppel, Stochholz, Reisler I. Kl. Kiefern ca. 9000 Rmr. 4500 Rmr. 7000 Rmr. 3500 Rmr.
sowie das unausgearbeitete Reisig.
Die Verkaufsbedingungen werden beim Beginn des Termins bekannt gemacht werden. Verzeichnisse der Looß-Einteilung obiger Holzarten können vom 5. März cr. ab in meinem Bureau in Empfang genommen werden.
Hagenau, den 20. Februar 1875.
Der Oberförster.
Weerwein. P.436.1

Heu-Verkauf.
P.363.2. Hügeltten bei Freiburg.
1200 Zentner gutgewiltes Heu hat zu verkaufen, Hügeltten bei Freiburg, 17. Febr. 1875, Die Grundherrl. v. Rensingen'sche Verwaltung.

Bestes Futterheu
ca. 250%
haben zu verkaufen
Gebrüder Dold,
Lachofbril
Billingen.

Freiwillige Versteigerung von Pferden.
P.435. Straßburg.
Freitag Vormittag den 26. dieses 11 Uhr werden auf dem M. Heger Platz in Straßburg 4 Pferde von 5-7 Jahren versteigert:
1 Schimmel-Wallach,
2 Schimmel-Stuten und
1 Fuchs-Stute.
Die Pferde sind ein- und zweifelhändig eingelehrt und theilweise zum Reiten tauglich.
P.432. Mingsolshelm,
Amt Bruchsal.
Rindfäselversteigerung.
Montag den 1. März d. J., Nachmittags 1 Uhr, wird auf dem Rathsaule dahier ein fetter Rindfäsel gegen bare Zahlung öffentlich

Der Oberförster.
Weerwein. P.436.1
versteigert.
Mingsolshelm, den 22. Februar 1875.
Das Bürgermeistertamt
Kaiser.
vdt. Dommert,
Rathschreiber

Holzversteigerung.
P.354.3. Nr. 88. Ettlingen.
Aus Ettlinger Stadtwaldungen werden mit Vorgriff bis 1. Oktober d. J. nachverzeichnete Holzarten versteigert werden:
Freitag den 26. Februar d. J., aus den Abtheilungen „Pöffenbrunnen, vorderer und mittlerer Kreuzberg und Strebbach“:
80 Eichen mit 126,28 fm. J., Hölzer, Bau- und Nuzholz, 4 Rothbuchen, 8 Wagnerbirnen, 65 buchene Wagnerstangen und 10 Eichen meterlanges eichenes Nuzholz;
Samstag den 27. Februar d. J., aus den Abtheilungen „Hochberg und Hanelenberg“:
87 Eichen mit 94,84 fm. J., Bau- und Nuzholz, 4 Eichen 4 langes und 5 Eichen meterlanges Eichenholz, 5 Eichen eichenes Scheitholz, 24 Eichen eichenes Prügels Holz, ca. 3000 anbereite Weidwollen und 2 Loose Schlagraum;
Montag den 1. März d. J., aus den Abtheilungen „Kaltkopf, Watskopf, vorderer Käthenberg, Sauhaus und Reimlich“:
69 Eichen mit 128,52 fm. J., Holländer, Bau- und Nuzholz, 23 sehr schöne Rothbuchen mit 31,11 fm. J., 3 Eichen 2 Meter langes und 5 Eichen meterlanges Eichenholz;
Dienstag den 2. März d. J., aus den Abtheilungen „mittlerer Eidelberg, Oberherberloch und Unterherberloch“:
28 Eichen mit 49,41 fm. J., Holländer, Bau- und Nuzholz, 2 Eichen mit

Versteigerungs-zurücknahme.
P.437. Baden.
Die auf den 18. März d. J. angekündigte Hausversteigerung des

387 fm. J., 52 Eichen 5 Fußiges Eichenholz, 4 Eichen 4 Fußiges Eichenholz;
Mittwoch den 3. März d. J., aus „Schlag 25 und 26, Unterherberloch“:
39 Eichen, Bau- und Nuzholz, 33 Rothbuchen, 347 Hainbuchen, 17 Rothbuchen, 9 Eichen, 13 Ahorne, 36 Rothbuchen, 28 Eichen, 81 Wagnerstangen, 2 Eichen eichenes und 1 Eichen eichenes 4 Fußiges Nuzholz.
Zusammenkunft jeweils Morgens 9 Uhr, am 26. und 27. Februar am sog. Schützenkreuz, am 1. März an der Spinnerei und Weberei, und am 2. und 3. März an der Unterherberbergschulung.
Die Waldhüter Höpner, Schindler und Kapf hier sind beauftragt, das Holz auf Verlangen vorher vorzuführen.
Auszüge aus den Aufnahmestücken sind durch die unterfertigte Stelle zu beziehen.
Ettlingen, den 17. Februar 1875.
Stadtbürgermeister
v. Stetten

Bürgerliche Rechtspflege.
Ganten.
P.827. Nr. 1598. Eppingen. Geu. Schneider Friedrich Schadt von Sulzfeld haben wir amt erkannt, und es wird nunmehr zum Rechtshilfs- und Bezugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf Montag den 16. März d. J., Vormittags 8 Uhr.
Es werden alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Hauswasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vernehmung des Ausschusses von der Hausperson oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich, anzumelden und zugleich ihre etwaigen Vorzüge- oder Interimsrechte zu bezeichnen, sowie ihre Besondereinstunden vorzulegen oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten.
In derselben Tagfahrt wird ein Masseversteigerer und ein Gläubigeramt ernannt, und ein Verzug- oder Nachlassversteigerer ernannt, und es werden in Bezug auf Borgergeld und Ernennung des Masseversteigerers und Gläubigeramts die Vorschriften des Reichsrechts in der Sache der Parteien anzuwenden.
Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen dahier wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einbringungen zu bestellen, welche nach den Befehlen der Partei selbst gelassen sollen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, nur an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen würden.
Eppingen den 23. Februar 1875.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kugler.

Versteigerung.
Konstanz. J. S.
der Ehefrau des Nicolaus Hrad, Elisabetha, geb. Weber, von Reipertingen gegen ihren Ehemann, Erbschaftsbesonderung betr., hat sich in dem Justizrat Blatt Nr. 38 - Beilage D.598 ein Druckfehler eingeschlichen, indem es dort statt „Hrad“ steht heißt, was wir hiermit berichtigen.
Konstanz den 22. Februar 1875.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Schneider.

Strafrechtspflege.
Verurteilung und Forderungen.
P.825. Nr. 3936. Offenburg. Der Oeserist Eduard Lipp von Schutterwald wird zur Hauptverhandlung über die Anklage Großh. Beil. Nr. 38 - Beilage D.598 ein Druckfehler eingeschlichen, indem es dort statt „Hrad“ steht heißt, was wir hiermit berichtigen.
Konstanz den 22. Februar 1875.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Schneider.

Versteigerung.
P.430. Nr. 1637. Karlsruhe.
Die Witwe des Christian Kohn, genannt Schulz, zu Weingarten, hat um die Erlaubnis nachgesucht, den von ihm bisher geführten Namen „Schulz“ auch in Zukunft beibehalten zu dürfen.
Etwasige Einreden gegen die Bewilligung dieses Gesuches sind innerhalb dreier Monate vorher einzubringen.
Karlsruhe, den 18. Februar 1875.
Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
v. Freyborn.
vet. Kratt.

Versteigerung.
P.437. Baden.
Die auf den 18. März d. J. angekündigte Hausversteigerung des

Gewerliche Joseph Birnbauer dahier findet nicht statt.
Baden, den 20. Februar 1875.
Der Beamter des Notariats-Distrikts III.
Stoll.

Bekanntmachung.
P.379.2. Offenburg.
Lieferung von Hölzern zur diesjährigen Unterhaltung der Brücken im Inspektionsbezirk Offenburg.
Die Lieferung nachstehend verzeichneter Holzarten auf der betreffenden Baustellen wird im Submissionswege vergeben:
1. Für den Klathweg bei Rehl.
Sämtlich tannene lauzige Hölzer:
1 Fochpahl 2,15 M. lg., 30/30 Cm. f.,
6 Strebbäume je 9 M. lg., 24/24 Cm. f.,
9 Fochhaken und Sattelhölzer je 3 M. lg., 24/24 Cm. f.,
2 Geländerholme je 9,60 M. lg., 12/14 Cm. f.,
8 " " je 9,0 M. lg., 12/14 Cm. f.,
5 " " je 1,3 M. lg., 12/18 Cm. f.,
13 " " je 0,9 M. lg., 12/18 Cm. f.,
Anschlag zus. 450 M.
2. Für die Ringelbrücke bei Rehl.
a. Eigene lauzige Hölzer:
11 Fochpiloten je 5 M. lang, 36/36 Cm. f.,
2 Foch-Tragen je 10,5 M. lang, 17/20 Cm. f.,
3 Sattelhölzer je 2,2 M. lang, 36/36 Cm. f.,
4 Sattelhölzer je 3,6 M. lang, 36/36 Cm. f.,
1 Geländerholm 6,30 M. lang, 14/17 Cm. f.,
66 " " Fochlinge von 3,3 M. Länge, 9 Cm. f.,
Anschlag zus. 1775 M.
b. Tannene oder forstene Hölzer:
24 tannene Strebbäume je 8,15-10,30 M. lg. am Fochpfe 39 Cm. f.,
217,45 M. tannene Oberrückhölzer je 4,2 M. breit, 9 Cm. f.,
39 " " forstene Fochlinge je 3,9 M. lg., 7,5 Cm. f.,
50 " " forstene Fochlinge je 3,3 M. lg., 2000 M.
Anschlag zus. 2000 M.

3. Für die Gengenbacher Ringelbrücke.
a. Eigene lauzige Hölzer:
3 Sattelhölzer je 2,4 M. lg., 30/30 Cm. f.,
Anschlag 57 M.
b. Tannene Hölzer:
17 runde Strebbäume von 8,4-12 M. lg., zus. 175 M. 39 Cm. am Fochpfe f.,
200 " " Fochlinge 12 Cm. f.,
Anschlag zus. 2000 M.

4. Für die Biberacher Ringelbrücke.
80 " " eichene Fochlinge von 6,25 M. lg., 6 Cm. f.,
5. Für die Erlbenbrücke oberhalb Biberach.
a. Eigene lauzige Hölzer:
2 Rippböden je 7,65 M. lg., 15/21 Cm. f.,
45 " " Fochlinge je 3,15 M. lg., 9 Cm. f.,
b. Tannene Hölzer:
87 M. runde Strebbäume von 10,2-11,4 M. lg., 39 Cm. am Fochpfe f.,
120 " " Fochlinge 6 Cm. f.,
6. Für die Brücken im Hammerbacherthal:
100 " " tannene Fochlinge 9 Cm. f.,
2 runde Strebbäume je 14,40 M. lg., 39 Cm. am Fochpfe f.,
Anschlag zus. 500 M.

Angebote hierauf sind sowohl für jede Baustelle als auch für jede Holzart (bei Fochhaken je per laufenden Meter, bei Fochlingen per Quadrat-Meter) besonders gestellt, schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift „Versteigerung“ versehen, portofrei bis

Samstag den 27. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, anher einzuliefern, wo bis dahin die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.
Offenburg, den 16. Februar 1875.
Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion.
Veget.

Versteigerung.
P.403.2. Nr. 123. Karlsruhe.
(Holzversteigerung.) In den diesjährigen Domänenwaldungen werden mit Vorgriff versteigert,
Samstag den 27. Februar, früh 9 Uhr, im Domänenwalde Forstschlag: 85 Eichen Scheit und Prügels, hartes und weiches Laubholz, 1750 gemischte Eichen und ein eigener Wagner-Rußholzstamm; Nachmittags 3 Uhr im Saltenwäldchen beim Biederbach: 5 Eichen gemischtes hartes und weiches Laubholz.
Im Domänenwalde Kassen- und Rosenwäldchen am 2. März: 12 Eichen, 31 Weiden, 1 Silberpappel, 1 Nyr, schwache Nuzholzstämme.
9 Eichen eichenes Nuzholzschleifer, 6 Eichen eichenes Brennholz, 23 Eichen harte, 2004 Eichen weiche Prügels, 2 Eichen Stochholz; am 3. März: 775 harte und 42,000 weiche Eichen.
Zusammenkunft jeweils früh 9 Uhr im Holzschlage.
Waldbauversteigerer Kistner in Forstheim setzen auf Verlangen das Holz vorher im Walde vor.
Karlsruhe, den 22. Februar 1875.
Großh. bad. Bezirksforst. Schmitt.